

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 39/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Prof. Dr. Hartmut Soell  
MdB zu Konsequenzen  
aus dem Golfkrieg: Na-  
tionale Identität und  
internationale Rechts-  
ordnung.

Seite 1

Willi Carl zum Fall  
Süßmuth: Eine wahre  
Geschichte...

Seite 5

Rudolf Scharping MdL  
zur ersten gesamtdeut-  
schen Sportkonferenz  
in Mainz: Zusammen-  
bruch des Breiten-  
sports verhindern.

Seite 6

46. Jahrgang / 55

20. März 1991

### Nationale Identität und internationale Rechtsordnung Zu Konsequenzen aus dem Golfkrieg

Von Prof. Dr. Hartmut Soell MdB

Die Diskussion über die Konsequenzen des Golfkrieges kreist in der Bundesrepublik meist um drei Fragen:

1. Haben wir weitere Kriege nach dem Muster des Golfkrieges zu erwarten - geführt von einer Allianz, deren Ziele und Mittel wesentlich von einer Supermacht definiert werden?
2. Sollen wir der insbesondere von den Bündnispartnern geäußerten Kritik an der Nichtbeteiligung deutscher Streitkräfte am Golfkrieg nachgeben und das Grundgesetz so ändern, daß eine Beteiligung an Konflikten nach Muster des Golfkrieges künftig möglich wird?
3. Sind künftig eindeutig von den Vereinten Nationen (VN) geführte militärische Aktionen denkbar oder gar wahrscheinlich, die eine deutsche Beteiligung sinnvoll oder gar militärisch notwendig machen und an welche Bedingungen müßte eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes geknüpft werden?

I.

Zur Frage 1:

Die Gefahr, daß sich ein solches Konfliktmuster wiederholt, ist nicht zu leugnen. Die Wahrscheinlichkeit ist aber erheblich geringer, als dies viele - Befürworter oder Kritiker der Golfallianz - vermuten. Zwar vergessen jene Optimisten, die den Konfliktverlauf nach dem Motto "rennt a military superpower" beschreiben, daß die angeblich von den VN "gemietete" Supermacht USA nicht nur bestimmte, wer "Mitmieter" sein durfte und wie hoch die Höhe der Mietkosten sein mußte sowie weitere "Kleinigkeiten".

Aber richtig (und zugleich eine neue Lage in der internationalen Politik) ist, daß die USA (und Großbritannien) in einem bisher nicht gekannten Umfang von der finanziellen Unterstützung anderer Mächte abhängig waren. Einer der angesehensten US-Ökonomen, Paul Krugman vom Massachusetts Institute of Technology (MIT) hat jüngst in einer Studie (The Age of Diminished Expectations - U.S. Economic Policy in the 1990s, Cambridge 1990) auf drastische Weise den ökonomischen Abstieg der USA, insbesondere die extrem geringe Arbeitsproduktivität und die wachsende Auslandsverschuldung beschrieben. Leider konnten die Hauptunterstützungsländer, Deutschland und Japan, den

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreislauf-Übergang  
mit maximalen Rückläufen  
Recycling-Papier



in der amerikanischen politischen Tradition seit über 200 Jahren existierenden Grundsatz - keine Besteuerung ohne parlamentarische Entscheidungsrechte ("no taxation without representation") - international nicht geltend machen: Die Deutschen, weil sie zu sehr absorbiert waren durch die Probleme der Einigung und moralisch angeschlagen durch schwerwiegende Versäumnisse der Regierenden bei der Kontrolle des Exports von Anlagen zur Giftgasherstellung in den Irak; die Japaner, weil sie ohne den einzigen Bündnispartner USA, der zugleich ihr wichtigster Handelspartner ist, sich vollends in die internationale Isolierung begeben hätten.

Selbst wenn sich solche Abhängigkeiten reproduzieren ließen, ist nicht damit zu rechnen, daß sich die Sowjetunion und China auch weiterhin in solchen wirtschaftlichen und politischen Schwächezuständen befinden, daß sie auf Dauer von ihrer Vetomacht im Sicherheitsrat der VN keinen Gebrauch machen werden. Auch die französische Politik wird sich auf Dauer nicht mit dem Gedanken zufriedengeben, nur mangelhaft informierter Juniorpartner der amerikanischen Politik zu sein.

Mindestens ebenso entscheidend wie diese Kriterien für den Wahrscheinlichkeitsgrad einer Neuauflage der in den ersten Jahren nach 1945 teilweise existierenden "pax americana" wird die Antwort auf die Frage sein, ob es der amerikanischen Politik gelingt, eine Lösung des israelisch-arabischen Konflikts herbeizuführen, die sowohl die innere Stabilität der in der Golfallianz mit den USA verbündeten arabischen Ländern erhält als auch die Lebensrechte des israelischen wie palästinensischen Volkes sichert. Selbst wenn diese Beinahequadratur des Kreises gelänge - nichts wäre wünschenswerter -, bleiben die USA auf die europäischen Ländern wie auf die Sowjetunion als Garantiemächte einer solchen Lösung verwiesen.

## II.

Zur Frage 2:

Eine breite Mehrheit von Sozialdemokraten und wohl - nach den Ergebnissen der Umfragen - wohl auch die Mehrheit der Deutschen beantwortet diese Frage mit einem deutlichen Nein. Damit jedoch ist die internationale Kritik nicht erledigt. Wer in internationalen Gremien mitarbeitet, kennt die Wechselbäder der Gefühle, mit denen unsere Nachbarn uns häufig begegnen. Vor der Invasion Kuwaits waren die vom vereinten Deutschland künftig ausgehenden Gefahren ein Hauptthema. Seit dem 2. August 1990 lautete der Vorwurf, die Deutschen verkriechen sich in die Mauselöcher. Ähnlich widersprüchlich war während vieler Jahre die Bewertung des deutschen militärischen Beitrags im Bündnis: Stark genug, um notfalls der Rote Armee Paroli bieten zu können, aber keinesfalls mächtiger als die Streitkräfte Luxemburgs usw.

Solche Stimmungen sind in starkem Maße Folge historischer Erfahrungen der Nachbarn mit uns. Sie mögen uns überzogen, ja ungerecht erscheinen, weil sie häufig ausblenden, daß wir Deutsche mehrheitlich aus der Geschichte zunächst die Lehre gezogen haben, Krieg soll kein Mittel der Politik mehr sein. Diesen Soll-Satz haben viele Deutsche für sich umgedeutet in die Feststellung: Krieg ist für uns auf keinen Fall mehr ein Mittel der Politik. Diese Verwechslung von Wunsch und Wirklichkeit erhöht die Mißverständnisse bei den Nachbarn, die teilweise zweimal in diesem Jahrhundert Opfer deutscher Aggression geworden sind und ihre Freiheit dem siegreichen Krieg gegen Hitlerdeutschland verdanken. Frieden und Freiheit bilden für diese Völker einen unauflösbaren Zusammenhang, der - soweit es um ihre eigene Existenz geht - notfalls mit kriegerischen Mitteln durchgesetzt werden muß.

Wir Deutsche leugnen heute in der Mehrheit diesen Zusammenhang nicht. Nur haben wir auch erfahren müssen - ein Viertel unseres Volkes auf sehr direkte Weise, drei Viertel indirekt -, daß dieser Zusammenhang fast ein halbes Jahrhundert lang in Mitteleuropa nur um den Preis eines neuen Weltkrieges herzustellen gewesen wäre, den niemand hätte verantworten können. Diese Erfahrung ist Teil unserer nationalen Identität.

Der 1990 verstorbene liberale Soziologe Norbert Elias hat in seinen "Studien über die Deutschen" folgenden Idealtypus nationaler Identität skizziert: Es soll ein alle soziale Schichten umgreifendes Selbstwertgefühl aufgrund positiver kollektiver historisch-kultureller Erinnerung sein,

das nicht nationalistische Überheblichkeit produziert, sondern "zivilisatorische Selbstzurückhaltung" gewährleistet. Dieser Idealtypus ist stark am Modell westlicher Nationsbildung orientiert.

Das deutsche Beispiel zeigt, daß auch negative kollektive Erinnerung, wenn sie denn ausreichend verarbeitet ist, dem Ziel der "zivilisatorischen Selbstzurückhaltung" dienen kann. Ein Teil der Gründe unserer Zurückhaltung wird jedenfalls von unseren Nachbarn verkannt. Diesem Überschuß an Kritik müssen wir durch vermehrte Aufklärung und insgesamt mit Gelassenheit begegnen. Einseitige Antikritik, die die Hauptschuld am Golfkonflikt den Amerikanern oder gar den Israelis aufädt, hilft ebensowenig weiter wie eine vom etwaigen schlechten Gewissen diktierte eifertige Bereitschaft, bei künftigen Aktionen nach dem Muster der Golfallianz, deutsche Streitkräfte einzusetzen.

Dabei müssen wir Sozialdemokraten beachten, daß der bis zum offenen Ausbruch des Krieges bestehende - inzwischen aber immer brüchiger gewordene - politische Konsens in der Frage des Einsatzes von Streitkräften außerhalb des Bündnisgebietes nur eine dürftige verfassungsrechtliche Grundlage hat.

Es war der Sozialdemokrat Carlo Schmid, der im Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee im August 1948 den Vorschlag machte, im Grundgesetz die "Abgabe von Souveränitätsrechten an übernationale Einrichtungen, etwa an die UNO" vorzusehen - und dies "ohne Verfassungsänderung durch einfaches Gesetz"! Später hat er als Vorsitzender des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rats mit Erfolg alle Versuche von rechts (durch den DP-Abgeordneten Seebohm) und links (durch den KP-Abgeordneten Renner) abgewehrt, die Übertragung von Hoheitsrechten von einem verfassungsändernden Gesetz oder von weiteren Bedingungen (etwa dem Ende der Besatzungsherrschaft) abhängig zu machen. Auf diese Weise ist der Artikel 24 des Grundgesetzes entstanden, der dem Bund in Absatz 2 die Möglichkeit gibt, "sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit" einzuordnen. Als die Bundesrepublik 1973 in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde, hat sie gegen die Artikel in Kapitel VII der VN-Charta keinen Vorbehalt geltend gemacht, die ein solches "System gegenseitiger kollektiver Sicherheit" vorsehen.

III.

Zur Frage 3:

Die Vereinten Nationen sind heute gewiß noch kein ausreichendes System kollektiver Sicherheit. Schon die VN-Charta ist ein Zwitter. Sie enthält in einer Reihe von Bestimmungen "altes Denken" - zum Beispiel in Gestalt der kodifizierten Rechte der Sieger im Zweiten Weltkrieg (Vetorecht der fünf Großmächte im Sicherheitsrat, Feindstaatenklauseln) wie auch im Artikel 51, der das "naturgegebene Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung" enthält, "bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat".

Auf diesen Artikel hatte sich auch die von den USA geführte Golfallianz berufen. Zwar ist der Sicherheitsrat (bei Enthaltung Chinas und bei Ablehnung durch die nichtständigen Mitglieder Kuba und Jemen) in der Resolution 678 vom 29. November 1990 "nach Kapitel VII der Charta ... tätig" geworden. Er hat die Mitgliedstaaten, "die mit der Regierung Kuwaits kooperieren (ermächtigt), ... alle erforderlichen Mittel einzusetzen", um den insgesamt zwölf Resolutionen zum Golfkonflikt "Geltung zu verschaffen ... und den Weltfrieden und die internationale Sicherheit in dem Gebiet wiederherzustellen". Aber er hat die hinsichtlich des eigenen militärischen

Einsatzes notwendigen Voraussetzungen, wie sie in Artikel 43 (Sonderabkommen mit den Mitgliedstaaten, die Streitkräfte zur Verfügung stellen) und in Artikel 47 (Einsetzung eines Generalstabsausschusses) vorgesehen sind, nicht geschaffen, sondern hilfsweise eine Blankoermächtigung erteilt.

Damit war das Vorgehen der Goffallanz unter dem Vorzeichen der Resolutionen des Sicherheitsrates nicht illegitim - aber politisch höchst unbefriedigend. Dies auch deshalb, weil Dutzende anderer Resolutionen, die zur Lösung von Konflikten im Nahen Osten aufriefen, bisher keinerlei Sanktionsdrohung enthielten.

Eine auch durch das Zerbrechen des politischen Konsenses notwendige Präzisierung des Grundgesetzartikels 24 muß deshalb strikt an die Erfüllung jener Voraussetzungen gebunden werden, die die VN auch in der Praxis zu einer internationalen Rechtsordnung in Richtung auf eine Weltinnenpolitik befähigen. Dazu gehören neben der Einhaltung der erwähnten Regeln in Artikel 43 bis 47 im weiteren Sinne auch

- eine sehr viel stärkere Nutzung der Maßnahmen des Kapitels VI (friedliche Streitbeilegung) im Vorfeld von Konflikten
- die Achtung der Entscheidungen des Haager Gerichtshofes, insbesondere durch die Großmächte (das Verhalten der USA bei der Nicaragua-Entscheidung ist in unguter Erinnerung)
- das Zurückdrängen der Vetomacht der ehemaligen Siegmächte durch das Hinzutreten wichtiger Länder aus Lateinamerika, Afrika und Asien als ständige Mitglieder des Sicherheitsrates
- eine Intensivierung der weltweiten Anstrengungen auch im Rahmen der Sonderorganisationen der VN, die einen besseren ökonomischen Ausgleich zwischen Nord und Süd und eine sehr viel wirksamere Politik zugunsten der Umwelt zum Ziele haben.

Wir würden uns gewiß übernehmen, wenn wir eine Beteiligung an friedensbewahrenden und den Frieden wiederherstellenden Aktionen der VN von der Erfüllung aller dieser Voraussetzungen abhängig machen. Aber von einer Präzisierung des Grundgesetzes könnten, vor allem wenn sie mit entsprechenden Initiativen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und in den VN selbst gekoppelt ist, wichtige Impulse für eine internationale Ordnung ausgehen, in der das machstaatliche Denken immer stärker zurückgedrängt wird. Die Bereitschaft dazu ist außerhalb der Bundesrepublik weiter verbreitet als bei uns häufig angenommen wird.

In den sozialdemokratischen Grundsatzdokumenten wird seit über 100 Jahren eine internationale Ordnung gefordert, in der Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde auch weltweit vorangebracht werden können. Sie kommt nicht über Nacht, auch nicht auf dem silbernen Tablett - als idealer Weltstaat -, sondern muß schrittweise erstritten werden. Es gehört selbstverständlich auch zur sozialdemokratischen Tradition, daß dem Parlament die letzte Entscheidung für eine Beteiligung an konkreten VN-Aktionen zukommt.

(-/20.3.1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Eine wahre Geschichte**  
**Eine Nachlese zum Fall Süßmuth**

**Von Willi Carl**  
**Sprecher der SPD-Europaabgeordneten**

'Es war einmal' könnte die Geschichte beginnen, obwohl der Anlaß erst wenige Jahrzehnte zurückliegt, kaum länger als die Richtlinie der Bundesregierung zur Nutzung der Dienstwagen aus dem Jahre 1975.

Es war einmal ein Ministerpräsident, der in einer der ersten Sitzungen seiner neu gebildeten Regierung sagte: 'Meine Herren', - damals gehörten nur Männer der Regierung an - 'ich möchte ihnen einen Rat geben zur Benutzung der Dienstwagen. Sie haben das Recht, - auch die Staatssekretäre ihrer Ministerien -, den Dienstwagen privat zu nutzen. Sie können den Dienstwagen am Wochenende nutzen und im Urlaub. Wenn sie es für erforderlich halten auch mit Fahrer. Ohne diesen Beschluß eines früheren Kabinetts abändern zu wollen, gebe ich ihnen einen Rat: Machen sie davon so sparsam wie möglich Gebrauch. Fahren sie bitte niemals mit dem Dienstwagen in die Ferien. Nutzen sie den Dienstwagen am Wochenende nur bei offiziellen Anlässen mit Fahrer'. Und er fuhr fort: 'Ohne Fahrer sollten sie den Dienstwagen sowieso nicht fahren. Wenn sie am Wochenende einen normalen Parteitermin haben, fahren sie im engeren Umfeld mit ihrem Privatwagen, andere Abgeordnete müssen dieses auch tun. Nur bei größeren Entfernungen sollte der Dienstwagen benutzt werden, da bei ihrer Arbeitsbelastung das Selbstfahren über längere Distanz nicht vertretbar ist. Denken sie daran, daß bei nichtoffiziellen Anlässen die Dienstnummer gegen die Normalnummer des Pkws ausgetauscht wird. Auf keinen Fall sollten sie einen Ständer führen oder um Polizeibegleitung bitten.'

Weiter sagte der Ministerpräsident: 'Natürlich können sie ihren Dienstwagen auch Familienmitgliedern zur Verfügung stellen. Ich bitte sie aber, dieses nur sehr sparsam zu tun. Lassen sie weder ihre Kinder zur Schule fahren noch ihre Ehefrau zum Einkaufen. Überlegen sie bei jeder Privatfahrt ihrer Familienangehörigen dreimal, ob sie auf Steuerzahlerkosten gerechtfertigt ist.'

Nach dieser Rede des Ministerpräsidenten, dessen Haar in öffentlichen Ämtern ergraut war, schwieg das Kabinett. Das Schweigen wurde als Zustimmung gedeutet. Obwohl einige Minister später von Puritanismus und Unpraktikabilität redeten, hielten sich alle an die Empfehlung ihrer Ministerpräsidenten. Zum Wohle des Landes und des Ansehens der Regierung. Von Finanzskandalen und unredlichem Umgang mit öffentlichen Mitteln wurde zur Regierungszeit unseres Ministerpräsidenten und auch im Nachhinein nichts bekannt.

(Heute müßte eine Einschränkung gemacht werden. Wegen der Attentatsgefahr müßten einigen Ministern die Dienstwagennutzung mit Fahrer auch im Urlaub erlaubt werden, da die Privatwagen nicht genügend Schutz bieten.)

(-/20.3.1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Zusammenbruch des Breitensports verhindern**  
**Zur ersten gesamtdeutschen Sportkonferenz in Mainz**

**Von Rudolf Scharping MdL**  
**Vorsitzender des Sportbeirates des SPD-Vorstandes**  
**SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender Rheinland-Pfalz**

Auch im Sport gilt es die Vereinigung mit Leben zu erfüllen. Vereine, Verbände und Landes-sportbünde sind im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit gutem Beispiel vorangegangen. Jetzt muß der Bund folgen und über den Spitzensport hinaus einen qualitativ und quantitativ befriedi-genden Beitrag zum Aufbau und Erhalt eines demokratischen Vereins- und Verbandswesens leisten und im Rahmen seiner Finanzhilfen ein Sofortprogramm für den Sportstättenbau in An-griff nehmen. Die sportpolitischen Sprecher der SPD aus den Ländern und Bonn waren sich darin einig, daß eine Neuauflage des "Goldenen Plans" mit einem Schwerpunkt in den fünf neuen Bundesländern dringend nötig ist.

Wenn der Bund jetzt Sport und Kommunen nicht hilft, wird dies katastrophale Langzeitfolgen haben. Ohne Sportplätze und Hallenbäder bricht der Schul- und Breitensport zusammen. Dann werden sich die Millionen, die der Bund heute für Leistungszentren und Olympiastütz-punkte in den neuen Ländern ausgibt, als nutzlos erweisen, weil der Nachwuchs fehlt.

Dabei muß die Bestandssicherung von Sportstätten in Ost und West im Vordergrund stehen. Wir unterstreichen die Bedeutung des Zusammenklanges von Sport und Umwelt und fordern ein Gesetz zur Bestandssicherung der gewachsenen, wohnortnahen Sportstätten, denen aufgrund der momentanen Lärmschutz-Rechtslage immer noch Gefahr droht.

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden "500-Millionen-Mark-Medienabkommen" des Deutschen Fußballbundes fordern die sportpolitischen Sprecher eine Beteiligung des DFB

- an Fanprojekten,
- am notwendigen Sicherheitsausbau der Sportstadien (insbesondere Oberliga Nord-Ost),
- an den Kosten für die Sicherungsaufgaben der Polizei im Zusammenhang mit fuß-ballerischen Großveranstaltungen und
- an Vereinsaktivitäten, die die soziale und kulturelle Verantwortung des Sport beto-nen.

Über die aktuelle Tagespolitik hinaus, hat sich die sportpolitische Sprecherkonferenz mit den Grundzügen des langfristigen sportpolitischen Programms der SPD beschäftigt, das im Som-mer 1991 vorgestellt werden wird.

Mit Zustimmung wurde zur Kenntnis genommen, daß die SPD den Sport als

- Querschnittsaufgabe verschiedener Politikfelder und
- lebensbegleitende Aktivität vom Kindes- bis Seniorenalter ansieht und die besondere Rolle der Vereine anerkennt.

Die Sportsprecher der SPD begrüßen die Bewerbung Berlins für die Olympischen Spiele 2000, fordern aber, daß der Breitensport in den Vereinen nicht vernachlässigt wird.

Wegen der besonderen Situation in den neuen Bundesländern werden die sportpolitischen Sprecher der SPD ihre nächste Konferenz in diesem Bereich durchführen.

(-/20.3.1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*